

Dein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Preis: Die neuzeitliche Kumparsche oder deren  
... für Familienmitglieder 30 Pf., für die Weibsamme (anlässlich  
... der befristeten Zeit einer Zeitschrift) 1,50 RM, Einzelnummern aus  
... von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1. Güterbahnhofstraße 2  
... (1) 1: 100 Pf. monatlich 2,50 RM (schlief im voraus), kurz

Jahrgang Dresden, Montag den 14. Dezember 1931 Nummer 205

## Trotz Ausnahmezustand und Notverordnung

# Das Volksbegehren muß siegen!

Macht die letzten Einzeichnungstage des roten Volksbegehrens zu einem Massenprotest gegen die Notverordnung und Ausnahmezustand — gegen die kapitalistische Diktatur und ihre Satrapien!

Dresden, 14. Dezember.  
Der am Sonnabend und Sonntag durchgeführte Generalappell der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen war ein überwältigendes Massenerkenntnis für die rote Einheitsfront, für den Kampf gegen die Notverordnung und Reaktion.  
Sprunghaft erhöhten sich gestern die Einzeichnungsziffern in allen Orten und Städten Sachsens. In Dresden wurden am Sonnabend 4 693 und am Sonntag 9 142 Stimmen abgegeben. Zusammen etwa 46 000 Stimmen, so daß die erforderlichen 10 Prozent in Dresden annähernd erreicht sind. Leipzig erreichte gestern die Gesamtzahl von 30 894 Stimmen, das schon von Beginn der Einzeichnungsfrist an der Spitze marschierte, erreichte gestern die Rekordzahl von 82 330 Einzeichnungen.

In vielen kleinen Orten Sachsens, vor allem auch in Ost- und Westsachsen, sind überwältigende Ergebnisse zu verzeichnen. So wurden in Freiberg insgesamt 5276 Wähler in die Einheitsfrontlisten ein. Die Kommunistische Partei hat in Freiberg bei der letzten Reichstagswahl 1500 Stimmen erhalten.  
Trotz Notverordnung und Ausnahmezustand war der gestrige Generalappell ein gewaltiger Erfolg. In allen Stadtteilen Sachsens, in allen Orten des Unterbezirks marschierten die Arbeiter und Agitatoren der Kommunistischen Partei durch die Wohnviertel von Arbeiterwohnungen zu Arbeiterwohnungen und schloßerten die Massen für das rote Volksbegehren, agitierten und sammelten Munition und waren für die Arbeiterstimme und das Sächsische Volksecho. Nach den bisherigen gemeldeten Ergebnissen des Großwerbetages wurden in wenigen Stunden 600 Exemplare der Arbeiterstimme und des Sächsischen Volksechos abgesetzt, über 400 Kart für das rote Volksbegehren gesammelt und über 1000 Broschüren und Flugblätter verkauft.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage haben die Bedeutung des roten Volksbegehrens in Sachsen gewaltig erhöht, es ist jetzt unmittelbar nach Erlaß der neuen ungeheuerlichen Notverordnung Brüning's bedeutet die Einzeichnung für das rote Volksbegehren nicht nur ein Kampferkenntnis gegen das sächsische Schicksal, sondern darüber hinaus den ersten offenen Massenprotest gegen die neue Notverordnung.  
In der Front der Feinde des Volksbegehrens steht nicht nur die reaktionäre Schicksalstabelle, sondern auch die Führung der Sozialdemokratie, die in unheimlicher Angst vor der Abrechnung der Massen mit ihrer Politik, der Politik des „kleineren Übels“ wert. Die sozialdemokratischen Führer tolerieren nicht nur die Brüning-Regierung, sie sind auch bereit eine Hitler-Brüning-Regierung zu unterstützen.  
Daher kämpft in Deutschland nur die Kommunistische Partei gegen die kapitalistische Diktatur, gegen die Methoden der herrschenden Klasse, dem werktätigen

Volk die Lasten der kapitalistischen Krise aufzubürden. Nur die KPD und die RGO formieren in den Betrieben die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei gegen Lohnabbau. Nur die KPD und die revolutionären Massenorganisationen formieren die Masseneinheitsfront gegen die braunen Banden Hitlers!  
Alle diejenigen, die diesen Kampf wollen, alle diejenigen, die nicht freiwillig verzögern wollen, alle diejenigen, die an Sieg und Aufstieg der Arbeiterklasse glauben, sie alle müssen sich einzeichnen zum roten Volksbegehren.  
Das rote Volksbegehren muß siegen trotz alledem!

## Massenprotest Dresdner Betriebe gegen Notverordnung Gegen Brüning — Groener — Severing — Schleck

Dresden, 14. Dezember  
Täglich laufen Meldungen über die Stellungnahme von Betriebsbelegschaften zu den neuen Diktaten und dem Ausnahmezustand eine Protestentscheidung gegen die Notverordnung und für das rote Volksbegehren landeten uns heute:  
Belegschaft des Straßenbahnhofes Tolkewitz,  
Belegschaft des Straßenbahnhofs Mitten,  
Belegschaft des Elbtal-Eisenwerkes  
Clemens, Steuer, Bauarbeiter, Funktionäre der RGO,  
RGO-Betriebsversammlung der Zasmahl Zigarettenfabrik.  
Betriebsarbeiter, folgt diesem Beispiel!

## SPD-Arbeiter, herhören!

# Es wird weiter toleriert!

SPD-Reichstagsfraktion will Brüning reiten. Reichstagsaußerberufung soll verhindert werden. SPD-Arbeiter, her zur roten Einheitsfront!

Heute tritt in Berlin die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um zur Notverordnung Stellung zu nehmen. Es kann jetzt schon gesagt werden, daß die SPD-Reichstagsfraktion sicherlich keine Beschlüsse fassen wird, die das Ende der Tolerierungspolitik bedeuten sollen. Das hat die Tagung des Parteivorstandes der SPD am Donnerstag der vorigen Woche schon klar und eindeutig gezeigt. Der preussische Ministerpräsident Brauns hat in dieser Sitzung offen erklärt, daß von einem Ende der Tolerierungspolitik keine Rede sein könne. Der Parteivorstand erklärte sich gegen eine Reichstagsaußerberufung, er ver-

zichtete sogar darauf, „Verbesserungsanträge“ zur Notverordnung zu stellen.  
Am Sonnabend hat sich Hilferding im Haushaltsausschuß des Reichstages ebenfalls für die Tolerierung der Brüning-Groener-Regierung und für die Notverordnung und damit für den Ausnahmezustand ausgesprochen. In der Sitzung erklärte Hilferding wörtlich:  
„Wenn wir wüßten, daß an Stelle dieser Notverordnung eine bessere gesetzt werden könnte, so würden wir nicht einen Moment zögern, diese Notverordnung abzulehnen. Wir wissen aber, daß über den wirtschaftlichen Erwägungen jetzt politische Erwägungen stehen müssen.“  
Die politischen Erwägungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD heißen: Tolerierungspolitik, heißen Bürgerfrieden und Ausnahmezustand.  
Die Dresdner Volkszeitung, die seit Verkündung der Notverordnung außerordentlich schweigsam geworden ist, und nur rein informativ die Mitteilung vom Zusammentritt der SPD-Reichstagsfr. abdruckt, hegt umso frecher gegen die KPD.  
Ob die sozialdemokratischen Arbeiter durch diese Hegepolitik der Edel und Konferten vergessen, daß ihr Parteivorstand auch diese ungeheuerliche Notverordnung billigt, ist sehr zweifelhaft. Wenn von den übrigen SPD-Blättern in Sachsen sogar Andeutungen gemacht werden, daß auf der Tagung der SPD-Reichstagsfraktion eine Reihe „linker“ SPD-Abgeordneter für die Beendigung der Tolerierungspolitik eintreten werden, so ist das weiter nichts als eines der üblichen Beruhigungsmomente für die SPD-Arbeiter. Denn diese „Linken“ wissen ja, daß weder der Reichstag einberufen wird, denn die SPD ist gegen die Einberufung, noch brauchen sie sonstige Konsequenzen aus ihrer „linken Haltung“ zu ziehen.  
Die sozialdemokratische Arbeiterklasse, die von ihren Führern eine neue Version des Arbeiterverrats erhalten hat, die um neue bittere Erfahrungen reicher geworden ist, sie muß endlich Schluss machen mit dieser Politik der Tolerierung und der Förderung des Faschismus.  
Nur die rote Einheitsfront, der gemeinsame Kampf aller Unterdrückten und Ausgebeuteten kann die unüberwindliche Front gegen Notverordnung, Faschismus und Ausnahmezustand schaffen.

## Das Zeichen der Notverordnung

# 1 Arbeiter erschossen, 4 schwer verletzt!

Demonstrationen am Weihnachtsmarkt in Hamburg

Hamburg, 14. Dezember. (Eig. Meld.)

In Hamburg kam es am Sonntag auf dem Weihnachtsmarkt zu spontanen Kundgebungen. An verschiedenen Stellen bildeten sich Diskussionsgruppen. Pöhllich formierte sich ein Demonstrationenzug, der unter Abklingen der „Internationale“ die Hauptstraße des Marktes entlang zog. Die Polizei rückte sofort mit mehreren Pakautos an und trieb den Demonstrationenzug auseinander. Es wurde scharf geschossen, 4 Arbeiter und 1 Schuljunge wurden schwer verletzt. Der Arbeiter Paul Wildbrod aus Altona erhielt einen Brustschuß und starb. Eine Anzahl Arbeiter wurden leicht verletzt. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

erschienen plötzlich Kommunisten, die Rufe gegen Brüning ausbrachten und schließlich die Internationale anstimmten. Rasch hatte sich ein Zug von vielen Hundert Personen formiert. Als die Domwache dem Zuge entgegentrat, kam es zu Tätlichkeiten, bei denen auch Steine und Eisenstücke gegen die Beamten geschleudert wurden. Nach einigen Schreckschüssen feuerten die Beamten scharf in die Menge, wobei ein Mann getötet, vier schwer und eine Anzahl leichter verletzt wurden.

Der Dresdner Anzeiger verbreitet darüber folgende Meldung:  
„Auf dem Hamburger Dom, kurz vor Ablauf des Weihnachtsmarktes, kam es heute abend gegen 19 Uhr zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern der KPD und einem Polizeiposten von fünf Mann. Die Kommunisten hatten versucht, aus der über den Platz wogenden Menschenmenge heraus einen Demonstrationenzug zu bilden. Auf den Boden, vor den verschiedenen Schaustellerbuden